

Prioritäten

gemäß § 59 Abs. 2 der
Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf
Annahme einer Entschließung
Drucksache [17/0025](#) 57

Langzeiterwerbslose Menschen müssen Chancen auf Arbeit behalten

Sabine Bangert (GRÜNE) 57
Ulker Radziwill (SPD) 58
Dr. Niels Korte (CDU) 59
Elke Breitenbach (LINKE) 61
Alexander Spies (PIRATEN) 62

Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache [17/0011](#) 63

Gesetz zur Aufhebung des Straßenausbaubeitragsgesetzes (StrABG)

Erste Lesung

Uwe Doering (LINKE) 63, 66
Daniel Buchholz (SPD) 64
Mario Czaja (CDU) 65, 66
Andreas Otto (GRÜNE) 66
Alexander Spies (PIRATEN) 68

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache [17/0015](#) 68

Elftes Gesetz zur Änderung des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes

Erste Lesung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache [17/0024](#) 69

Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Berlin und dem Land Brandenburg über die Errichtung und den Betrieb der Justizvollzugsanstalt Heidering

Erste Lesung

Dirk Behrendt (GRÜNE) 69
Sven Kohlmeier (SPD) 70
Sven Rissmann (CDU) 71
Dr. Klaus Lederer (LINKE) 71
Fabio Reinhardt (PIRATEN) 72, 73
Lars Oberg (SPD) 73

Große Anfrage

Große Anfrage der Piratenfraktion
Drucksache [17/0023](#) 73

Überwachungssoftware an Berliner Schulen

Christopher Lauer (PIRATEN) 73, 75
Senator Dr. Jürgen Zöllner 74
Sven Kohlmeier (SPD) 77, 83, 84
Andreas Statzkowski (CDU) 78
Stefan Gelbhaar (GRÜNE) 80, 84
Regina Kittler (LINKE) 81, 83
Fabio Reinhardt (PIRATEN) 83
Alexander Morlang (PIRATEN) 83
Özcan Mutlu (GRÜNE) 85

Vorlage – zur Kenntnisnahme –

Vorlage – zur Kenntnisnahme –
gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache [17/0016](#) 86

Zusammenstellung der vom Senat vorgelegten Rechtsverordnungen

Entschließungsantrag

Antrag der Fraktion Die Linke auf Annahme einer
Entschließung
Drucksache [17/0009](#) 86

Berlin lehnt das Schwarzgeldabkommen mit der Schweiz ab

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) 86
Kirsten Flesch (SPD) 87
Dr. Florian Graf (CDU) 88
Joachim Esser (GRÜNE) 89
Fabio Reinhardt (PIRATEN) 90

[Vereinzelter Beifall bei der SPD –
Beifall von Dr. Florian Graf (CDU) –
Heidi Kosche (GRÜNE): Jubel bei der SPD!]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank! – Für die CDU-Fraktion hat der Kollege Rissmann das Wort.

Sven Rissmann (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Kohlmeier! Nur eine Ergänzung: Wir hatten schon Einigkeit in Bezug auf dieses Thema, bevor wir in Koalitionsverhandlungen eingetreten sind.

[Oh! von den GRÜNEN –
Uwe Doering (LINKE): Da hatten Sie schon
eine Meinung? Donnerwetter!]

Sie werden sich daran erinnern, dass die Union Heidering immer konstruktiv unterstützt hat. Wenn mich meine Erinnerung nicht täuscht, haben wir in der vergangenen Wahlperiode vier Mal an dieser Stelle über Heidering gesprochen. Es werden Dutzende Male im Rechtsausschuss gewesen sein. Die Argumente sind ausgetauscht, die Sache ist entschieden. Insofern nutzt der Kollege Behrendt diese Plenarsitzung und diesen Tagesordnungspunkt – wie leider so oft – zur Fortsetzung von Wahlkampf. Ich habe es vor den Wahlen am 18. September noch verstanden, dass man vielleicht gegenüber der grünen Basis eine bestimmte Haltung formulieren möchte, jetzt wird wahrscheinlich ein anderer Wahlkampf gemacht und dafür ist offenbar das Aufrufen dieses Themas erforderlich.

In der Sache hat der Kollege Kohlmeier all das gesagt, was richtig und zutreffend ist. Ich mache mir das ausdrücklich zu eigen und werbe um Zustimmung. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank! – Für die Fraktion Die Linke hat der Kollege Dr. Lederer das Wort.

Dr. Klaus Lederer (LINKE):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ich mir die Vorlage angesehen und den Redebedarf der Grünen vernommen habe, habe ich kurzzeitig überlegt, weshalb die eigentlich darüber reden wollen. So viel ist es ja wahrscheinlich nicht. Es ist klar, wenn man eine Justizvollzugsanstalt in einem anderen Bundesland errichtet und sie dann auch noch betreiben will, braucht man dafür irgendeine Form von Staatsvertrag. Über alles andere könnte man sich dann im Rechtsausschuss unter-

halten. Zu dem Zeitpunkt hätten die Grünen das am liebsten auch noch in den Bauausschuss überwiesen. Weshalb, ist mir nicht ganz klar.

Ich fühlte mich an eine kleine Geschichte erinnert: Der Schüler bereitet sich auf eine Biologieprüfung vor und lernt auf Lücke. Er lernt alles über den Wurm. Als er in die Prüfung kommt, verlangt der Biologielehrer: Erzählen Sie uns etwas über den Elefanten. Da fängt der Schüler an und sagt: Der Elefant hat einen langen Rüssel, genau wie der Wurm. Dann spult er sein ganzes Thema ab. So ähnlich ist es mit dem Kollegen Behrendt. Es ist tatsächlich so, dass das Thema Fetischcharakter bei ihm hat, das Thema für ihn traumatisch ist und er deshalb gern darüber redet. Hätten wir heute irgendeine andere Vorlage erhalten, in der das Wort „Gefängnis“ oder „Justizvollzugsanstalt“ aufgetaucht wäre, hätte Herr Behrendt sicher auch Redebedarf angemeldet.

Machen wir es doch einfach so: Über die Kündigungsklausel können wir uns im Justizausschuss gern unterhalten, wenn er existiert. Ansonsten gibt es sicher eine Reihe Themen, über die man vernünftig reden muss: Was wird aus der Altbausubstanz der Justizvollzugsanstalten? Wie organisiert man das Rahmenkonzept geschlossener Männervollzug in moderner Weise? Wie sorgt man in der Tat dafür, dass die Justizvollzugsanstalten so ausgestattet werden, dass die Resozialisierungsvorgaben des Justizvollzugsgesetzes nicht nur auf dem Papier stehen, sondern real umgesetzt werden können? – Das sind alles Dinge, über die man sich unterhalten kann. Dabei machen wir auch gern mit. Wir können auch über die Ausfinanzierung der Stellen reden. Dabei bin ich auf die CDU gespannt, die für den Fall ihrer Regierungsbeteiligung ehrgeizige Pläne für die Ausfinanzierung der Justizvollzugsanstalten hatte. Sie werden sich sicher erfolgreicher, noch erfolgreicher mit dem Finanzsenator auseinandersetzen können, als wir es gemacht haben. Wenngleich ich finde, dass wir da nicht so schlecht waren. Über all diese Dinge kann man diskutieren.

Aber: Die Vollzugsanstalt steht, sie ist fast fertig. Vielleicht kann man die Debatten darüber, ob man sie errichten sollte oder nicht, jetzt ad acta legen. Sie ist da, und wir müssen damit jetzt sinnvoll umgehen. Sie muss einem sinnvollen Zweck dienen und sie muss gut geführt werden. Das ist das Entscheidende. Alles andere ist jetzt irrelevant. Da haben Sie uns an Ihrer Seite und wir können im Einzelnen darüber diskutieren, wie man das gestaltet.

Zu dem Zeitpunkt, zu dem wir entschieden haben, Heidering zu bauen, gab es in den Berliner Justizvollzugsanstalten eine massive Überbelegung. Das Land Berlin ist wegen rechts-, ja sogar wegen verfassungswidriger Unterbringung seinerzeit vom Kammergericht verurteilt worden. All diese Dinge haben wir im Hinterkopf zu behalten. Wir sollten jetzt keine alten Schlachten schla-